

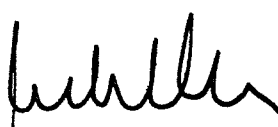
Controllingbericht

Dezernat 1

2. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	66.700 €	-464.200 €	-397.500 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	-300.600 €	0 €	-300.600 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	714.000 €	0 €	714.000 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	-2.519.000 €	-48.000 €	-2.567.000 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-2.038.900 €	-512.200 €	-2.551.100 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	150.000 €	215.300 €	365.300 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	0 €	600.000 €	600.000 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	0 €	0 €	0 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	1.318.000 €	3.313.000 €	4.631.000 €
Gesamtveränderungen Investitionen		1.468.000 €	4.128.300 €	5.596.300 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

6/9/18 

Datum / Unterschrift Dezernentin

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
<u>Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen:</u>	
- Mehraufwand aus verzögerter Umsetzung verschiedener in Vorjahren geplanter Projekte	-239.200
- Organisationsuntersuchung im Amt 22	-80.000
- höherer Bedarf für IT-Ausstattung wg. Windows 10 - Umstieg und Rückübernahme früher von civitec betreuten Bereichen	-145.000
<u>weitere Veränderungen:</u>	
- geringerer Aufwand für Wartung Kassenautomaten wg. Neubeschaffungen	26.500
- Wartungskosten für Projekt "2. Standort Server" fallen noch nicht an	40.200
Summe Amt 10	-397.500
<u>Amt 11</u>	
- Veränderungen im Bereich "Jobticket" (keine Abnahme mehr seitens civitec)	-75.000
- Personaldienstleistungen für Dritte gegen Kostenerstattung per Saldo (geringeres Dienstleistungsvolumen f. civitec)	-65.000
- Mehraufwand für Stellenbewertungen und öffentliche Bekanntmachungen	-55.000
- Einsatz eines Sicherheitsdienstes	-60.000
- Mehraufwand für Vergabeverfahren und Betriebskosten Kantine	-35.000
- sonstige Veränderungen	-10.600
Summe Amt 11	-300.600
<u>Amt 20</u>	
- Verbesserungen Zinsaufwand durch weiterhin sehr niedriges Zinsniveau und spätere Inanspruchnahme von Krediten	500.000
- geringere Belastung aus Abrechnung der Einheitslasten (ELAG)	109.000
- Verbesserungen Säumniszuschläge, Vollstreckungsgebühren	110.000
- Mehraufwand für Bankgebühren	-20.000
- geringere Aufwendungen für verschied. Dienstleistungen (z. B. Geldtransporte)	13.000
- sonstige Veränderungen allgemeine Finanzwirtschaft	2.000
Summe Amt 20	714.000

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 22</u>	
<u>Beteiligungen / Liegenschaften / Versicherungen:</u>	
- höhere Verlustausgleiche, insbes.: Kreisholding 1,03 Mio. € (ursächlich sind Mehraufwendungen RSVG und RVK), höhere Abschläge SSB 0,27 Mio. €; geringere Abschläge KVB 0,16 Mio. €	-1.166.000
- zusätzliche Aufwendungen aus Steuerzahlungen auf die Ausschüttung der BRS (weitgehende Erstattung im Rahmen der Jahressteuererklärung 2018 in 2019)	-879.000
- höhere Ausschüttung der Kreissparkasse Köln	311.000
- sonstige Veränderungen im Bereich Beteiligungen / Liegenschaften /	70.000
<u>Gebäudewirtschaft:</u>	
- außerplanmäßiger Mehraufwand für Brandsanierung Turnhalle BK Hennef (spätere Erstattung/Schadenersatz durch Versicherung)	-500.000
- überplanmäßiger Mehrbedarf für Sanierung der Außenanlagen an der SQ-Schule in Alfter-Gielsdorf	-330.000
- Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen (Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für Umbau Kantine und Interim Sanierungsmaßnahme SQ Alfter-Gielsdorf, Aufwendungen für Umzüge und Auslagerungen BS-Sanierung Kreishaus verschieben sich teilweise ins	-48.000
- verschiedene weitere Veränderungen Gebäudewirtschaft, per Saldo	157.000
<u>Wohnungsbauförderung:</u>	
- höhere Gebührenerträge	10.000
<u>Straßenbau:</u>	
- Mehraufwand für verschiedene Instandhaltungsmaßnahmen / Sanierungen	-300.000
- zusätzliche Erträge aus Kostenbeteiligungen Dritter	83.000
- geringere Erstattung an Straßen NRW für Pflege der Kreisstraßen	25.000
Summe Amt 22	-2.567.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
- Inanspruchnahme von Ermächtigungen des Vorjahres für den Erwerb Hard- und Software (Projektverzögerungen)	-791.300
- Inanspruchnahme von Ermächtigungen des Vorjahres für zusätzliche SAP-Lizenzen für die Einführung des elektronischen Eingangsrechnungswflows	-80.000
- zeitliche Verzögerungen der Einführung des Dokumentenmanagementsystems	979.100
- zeitliche Verzögerung bei der Erweiterung der Telefonzentrale	107.500
- zeitliche Verzögerung Einrichtung 2. Standort für Server	150.000
Summe Amt 10	365.300
<u>Amt 11</u>	
- Verzögerungen bei der Beschaffung von Ausstattung im Rahmen Brandschutzsanierung	600.000
Summe Amt 11	600.000
<u>Amt 20</u>	
keine Veränderungen	
Summe Amt 20	0
<u>Amt 22</u>	
<u>Gebäudewirtschaft:</u>	
<i>Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen</i>	
- Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für folgende Baumaßnahmen	
-- Neubau Rettungswache Swisttal	-1.200.000
-- Sanierung SQ-Schule in Alfter	-1.100.000
-- Grunderwerb für Neubau RW Bornheim	-720.000
-- Ausbau Dachgeschoss ES-Schule in Hennef-Bröl	-200.000
-- Grunderwerb für Neubau RW Much	-100.000
-- sonstige Maßnahmen	-155.000
- Verschiebungen in Folgejahre aufgrund von Verzögerungen bei folgenden Baumaßnahmen	
-- Sanierung BK Hennef	4.000.000
-- Neubau RW Bornheim	1.900.000

Sachverhalt	Veränderung in €
-- Sanierung Turnhalle SQ Siegburg (das Projekt wird im HPL 2019/20 neu veranschlagt, die Mittel werden aber zukünftig für Mehraufwendungen bei anderen Projekten, insbesondere Sanierung SQ Alfter, weiterhin benötigt)	850.000
-- Sanierung ES-Schule Alfter-Witterschlick	800.000
-- Neubau RW Ruppichterath	770.000
-- Neubau JHZ Eitorf	600.000
-- Neubau RW Much	370.000
-- sonstige Maßnahmeverschiebungen	311.000
<i>substanzielle Veränderungen</i>	
- Sanierung Schulgebäude BK Troisdorf (die Maßnahme verzögert sich und wird daher im HPL 2019/20 neu veranschlagt)	636.000
- Mehreinzahlungen aus Grundstückverkäufen	100.000
<u>Straßenbau:</u>	
<i>Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen</i>	
- Inanspruchnahme von Ermächtigungen aus Vorjahren für folgende Um- und Aus- und Neubaumaßnahmen	
-- K14 Ortsumgehung Wachtberg-Gimmersdorf	-3.330.000
-- K6 OD Hennef-Hanfmühle	-860.000
-- Grunderwerb für Ausbau K18 Eitorf-Keuenhof-Bitze	-208.000
-- sonstige Maßnahmen	-274.500
- Verschiebungen in Folgejahre aufgrund von Verzögerungen bei folgenden Baumaßnahmen, insbesondere aufgrund fehlenden Baurechts (per Saldo unter Berücksichtigung verzögerter Einzahlungen, insbesondere aus Zuweisungen)	
-- K61 OD Swisttal-Heimerzheim	677.500
-- K18 Ausbau Eitorf-Mühleip	200.000
-- Kreisverkehrsplatz St. Augustin-Mülldorf	200.000
-- K63 Wachtberg-Fritzdorf zur L268	197.000
-- K29 Neubau DB-Brücke in Troisdorf	160.000
-- K63 OD Wachtberg-Fritzdorf	125.000
-- K7 Windeck, Wildschutzzäune	100.000
-- sonstige Maßnahmen	315.000
- geringere Einzahlungen aufgrund späterem Abruf von Zuweisungen für K6 OD Hennef-Hanfmühle	-115.000
<i>substanzielle Veränderungen</i>	
- Zuweisung für K14 Ortsumgehung Gimmersdorf	580.000
- Grunderwerb Ausbau K18 Eitorf-Mühleip	2.000
Summe Amt 22	4.631.000

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 1

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 10</u>	
<u>Amt 11</u>	
<u>Amt 20</u>	
<u>Amt 22</u>	

Controllingbericht

Dezernat 2

2. Quartal 2018

f 27/8/18

**Abweichung ggü. Haushaltplan
(+ Verbesserung / - Verschlechterung)**

	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
02-07 Kommunales Integrationszentrum	-25.000 €		-25.000 €
Amt 50 Sozialamt	11.727.920 €	15.000 €	11.742.920 €
Amt 52 Versorgungsamt	-73.905 €		-73.905 €
Amt 53 Gesundheitsamt	39.881 €		39.881 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>	11.668.896 €	15.000 €	11.683.896 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 50 Sozialamt	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>	0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

27/8/18 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

27/8/18 27/8/18

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
02-07 Der Zuschuss der Landeszuweisung zu den Personalkosten für zwei KOMM-AN Mitarbeiter verändert sich aufgrund des späteren Beginns des Arbeitsverhältnisses zum 01.04.2018.	-25.000 €
Summe 02-07	-25.000 €
Amt 50 Per Saldo ergibt sich eine prognostizierte Gesamtverbesserung i.H.v. rd. 11,7 Mio €; diese resultiert im Wesentlichen aus folgenden Veränderungen:	
<u>Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen</u> Aufgrund von Kostenverlagerungen durch das Inklusionsstärkungsgesetz zum LVR verringern sich die Aufwendungen.	1.000.000 €
<u>Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen</u> Aufgrund von Kostenverlagerungen durch das Inklusionsstärkungsgesetz zum LVR verringern sich die Aufwendungen.	130.000 €
<u>Pflegewohngeld, Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege in Einrichtungen</u> Der sog. einrichtungseinheitliche Eigenanteil (Pflegestärkungsgesetz II) reduziert die Aufwendungen in bislang "teuren" Einzelfällen; auch in der Hilfe zum Lebensunterhalt fallen in diesem Zusammenhang geringere Aufwendungen an. Daneben sind die Erträge für die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen höher als geplant (230.000 €).	2.650.000 €
<u>Eingliederungshilfe</u> U. a. durch eine veränderte Sachbearbeitung im Bereich der Eingliederungshilfe, aber auch durch das Inklusionsstärkungsgesetz resultierende Kostenverlagerungen einzelner Leistungen zum LVR ergeben sich verringerte Aufwendungen.	1.460.000 €
<u>Krankenhilfe</u> Im Rahmen der Krankenhilfe für Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG sind Erstattungen, die in den vergangenen Jahren in vollem Umfang im Kreishaushalt vereinnahmt wurden, für den Zeitraum von 2010 bis 2017 nachträglich an die Kommunen zu erstatten.	-700.000 €
<u>Zuweisung vom Land "Wohngeldentlastung" SGB II</u> Die Landeszuweisung ist niedriger, als die Prognoseberechnung des Landkreistages, die Grundlage für die Haushaltsplanung war, erwarten ließ.	-450.000 €

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Bundeserstattung KdU SGB II</u> Bei der KdU-Bundeserstattung ergibt sich ein Minderertrag von rd. 750.000 €. Aufgrund der angenommenen Verbesserungen beim KdU-Aufwand (s. unten) ergäbe sich systembedingt eine wesentlich höhere Verschlechterung bei der Erstattung. Jedoch wird (wie bereits bei der Haushaltsplanung) auch für die Haushaltsentwicklung von einem Vollaussgleich der flüchtlingsbedingten KdU-Mehraufwendungen ausgegangen; dies „kompensiert“ weitestgehend die v. g. systemischen Verschlechterungen bei der Bundeserstattung. Die für den Flüchtlings-Mehraufwand nach Abzug des dafür aktuell geltenden Bundeserstattungsanteils (6,7 %) prognostizierte Unterdeckung beträgt 3,9 Mio. €. Die Realisierung des 100 %-igen Erstattungsbetrages ist - nach wie vor - risikobehaftet (s. auch unter „Chancen und Risiken“).	-750.000 €
<u>Sonstige Erstattungsleistungen SGB II</u> Die Erstattungen, die sich auf SGB II-Leistungen beziehen, sind höher, als im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung erwartet.	250.000 €
<u>KdU SGB II</u> Die Kosten der Unterkunft (KdU) nach dem SGB II entwickeln sich aktuell wesentlich moderater als bei der Veranschlagung für den Doppelhaushalt 2017/2018 angenommen; es zeichnen sich Minderaufwendungen von ca. 9 Mio. € ab. Eine verlässliche Prognose der KdU ist zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung grundsätzlich schwierig, die planerische Unsicherheit verstärkt sich hinsichtlich der zu treffenden Annahmen der Entwicklung des Flüchtlingszustroms in das SGB II. Zu der im unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufwandsentwicklung stehenden Bundeserstattung KdU SGB II s. vor.	9.000.000 €
<u>Leistungen SGB II</u> Die prognostizierten Mehraufwendungen für die Erstaussstattung von Wohnungen und die Gewährung von Leistungen für Hausrat sowie für die Erstaussstattung mit Bekleidung und bei Schwangerschaft resultieren ebenso wie die Bildungs- und Teilhabeleistungen aus der Steigerung der Fallzahlen und Kosten; sie stehen, zumindest teilweise, auch im Zusammenhang mit dem Thema Flucht.	-560.000 €
<u>Verwaltungskosten jc</u> Personalzuwachs und Tarifsteigerungen sind im Wesentlichen ursächlich für einen im Vergleich zur Planung erheblichen Anstieg des kommunalen Finanzierungsanteils; auch die Personalkostenerstattung/-weiterleitung für die kommunalen Mitarbeiter*innen im jobcenter rhein-sieg an die Kommunen erhöht sich in diesem Zusammenhang.	-725.000 €
<u>Sonstige Veränderungen im Budget per Saldo</u> (z. B. erhöhte Erstattung von Verwaltungskosten für Krankenhilfe Asyl, Veränderungen im Bereich Bildung und Teilhabe nach dem BKG, höhere Erträge in den Bereichen Betreuungsaufgaben und Landespflegegesetz, erhöhter Landeszuschuss Personalkostenausgleich für MitarbeiterInnen Elterngeld, sonstige Leistungen/Sachverhalte etc.)	438.000 €
Summe Amt 50	11.743.000 €

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 52	
<u>Allgem. Zuweisungen Land (Belastungsausgleich)</u>	53.095 €
Die Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht wurden mit Wirkung vom 01.01.2008 auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen. Für die Belastungen, die Ihnen durch die Erledigung der übertragenen Aufgaben entstehen, wird Ihnen vom Land ein finanzieller Ausgleich nach § 23 EinglG gewährt (Belastungsausgleich). Die ausgewiesenen Mehreinnahmen ergeben sich durch die Anhebung der Bemessungsgrundlagen. Ab dem 01.01.2018 liegen die Jahresdurchschnittskosten pro Vollzeitäquivalent im Beamtenbereich bei 50.456 € (2017: 49.061 €). Beim finanziellen Nachersatz werden 61.613 € zu Grunde gelegt (2017: 59.910).	
<u>Prüfung, Beratung, Rechtsschutz</u>	20.000 €
<u>Honorare/Entgelte für Dienste Dritter (Kosten Befundberichte)</u>	-80.000 €
Durch die zum 18.10.2017 erfolgte Einrichtung einer Befundberichts-Abrechnungsstelle ist erreicht worden, dass die Anzahl der abgerechneten Befundberichte (BB) der Anzahl der eingehenden BB entspricht und somit - anders als in der Vergangenheit - keine wesentlichen Bearbeitungsrückstände mehr entstehen. Wie bereits im Controllingbericht für das 3. Quartal 2017 ausgeführt, ist für diese Zielerreichung - bezogen auf das Vergleichsjahr 2016 Vergleich (21.737 BB) eine Steigerung der Bearbeitungsquote um ca. 10 % notwendig (24.000 BB). Lt. aktueller Hochrechnung bestätigt sich, dass im Jahr 2018 vorauss. 24.000 Befundberichte abgerechnet werden. Bei einem durchschnittlichen Zahlbetrag je BB in Höhe von z. Zt. 23,67 € errechnen sich somit zu erwartende Gesamtausgaben in Höhe von rd. 570.000 €.	
<u>Aufw. für Sachverständige/Gutachter</u>	-67.000 €
Der Empfehlung des GPA entsprechend werden Gutachten seit 01.06.2017 verstärkt an Außengutachter vergeben (bei gleichzeitiger Reduzierung des eigenen versorgungsärztlichen Dienstes von 2,0 auf 1,5 Planstellen (A 14)). Der Steigerung steht somit die dauerhafte Einsparung eines Stellenanteils von 0,5 (A 14) gegenüber.	
Summe Amt 52	-73.905 €
Amt 53	
<u>Untersuchungen Jobcenter</u>	-135.000 €
Der Vertrag mit dem Jobcenter wurde zum 31.12.2017 gekündigt, es werden keine Untersuchungen mehr für das JC durchgeführt.	
<u>Zuweisungen Land</u>	106.681 €
Belastungsausgleich gem. § 5 Abs. 1-3 DVO ProstSchG	
<u>Ärztliche Gutachten</u>	85.000 €
Anstieg der Gutachtenaufträge	
<u>Gebühreneinnahmen Hygieneüberwachung</u>	-20.000 €

Sachverhalt	Veränderung in €
Aufgrund komplexer Ausbruchs- und Störfallgeschehen bei reduziertem Personalbestand (MuSchu, Krankheit) konnten gebührenpflichtige Routinebegehungen nur in begrenztem Umfang durchgeführt werden	
<u>Veränderungen aus Kostenstellen</u>	3.200 €
Summe Amt 53	39.881 €

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 50</u>	
Summe Amt 50	0

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 2

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>02-07</u> Keine	
<u>Amt 50</u> Ein nicht zu unterschätzendes Haushaltsrisiko resultiert aus den flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen im SGB II-Bereich: Hinsichtlich der Höhe der Mehraufwendungen ist keine gesicherte Prognose möglich, und auch die Regelungen zur Erstattung sind nach wie vor nicht abschließend. Derzeit kann dementsprechend nicht zuverlässig beurteilt werden, welche Verteilungs- und Abrechnungsschlüssel endgültig zur Anwendung gelangen (voraussichtlich wird sich dies noch in 2018 entscheiden), und ob tatsächlich eine 100%-ige Erstattung erreicht wird, von der bei der Ansatzplanung, wie auch im Rahmen der Haushaltsentwicklung (mit Verweis auf das entsprechende Risiko) ausgegangen wurde.	
<u>Amt 52</u>	
<u>Amt 53</u>	

Controllingbericht

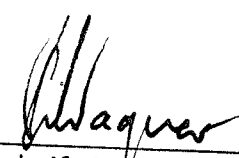
7/10/11
:rhein-sieg-kreis

Dezernat 3

2. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 17	Archiv	3.400 €		3.400 €
Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	78.500 €		78.500 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	-1.424 €		-1.424 €
Amt 51	Jugendamt	107.150 €		107.150 €
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	0 €		0 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		187.626 €	0 €	187.626 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	0 €		0 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	0 €		0 €
Amt 51	Jugendamt	0 €		0 €
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	4.800 €		4.800 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		4.800 €	0 €	4.800 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

31.07.2018 / 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
Wegen Umbauarbeiten im Archiv weniger Kartonagen	5.000
Sanierungsbedingte Gedenkstätten-Schließung: Weniger Eintrittsgelder	-600
Sanierungsbedingte Gedenkstätten-Schließung: Keine Fördermöglichkeit der Landeszentrale für politische Bildung	-12.500
Sanierungsbedingte Gedenkstätten-Schließung: Honorare für museumspädagogische Arbeit entfallen	12.500
Sanierungsbedingte Gedenkstätten-Schließung: Kosten für Aufsicht	2.000
Höhere Kosten Zeitschriftenabonnements	-3.000
Summe Amt 17	3.400
<u>Amt 40</u>	
Überführung von Schulkonten in den Kreishaushalt	135.500
Kosten für Bundesfreiwillige in den Internationalen Förderklassen (IFK) an den Berufskollegs.	-50.000
Fördernder Offener Ganzttag (FOGS) und Übermittagsbetreuung (Ümi) an den Förderschulen: Mehr Gruppen und dadurch mehr Landeszuweisungen, mehr Eltern- und Verpflegungsgelder.	97.800
FOGS und Ümi: Mehr Gruppen und dadurch höhere Verpflegungs- und Personalkosten.	-135.100
Regionales Bildungsbüro: Wegen Personalwechsels weniger Fördermittel	-55.000
Zusätzliche Landesfördermittel für zdi-Förderung	103.000
Weniger Sachausgaben aus Europäischen Fördermitteln (EFRE) als	85.000
Höhere Aufwendungen für zdi-MINT-Maßnahmen aufgrund höherer Zuweisungen s.o.	-103.000
Amtskostenstelle	300
Summe Amt 40	78.500
<u>Amt 41</u>	
Höhere Anforderung für Beethovenjubiläum	-1.424
Summe Amt 41	-1.424
<u>Amt 51</u>	
Kindertagesbetreuung: Mehrerträge bei den Elternbeiträgen, insbesondere weil mehr Kinder	271.200
Kindertagesbetreuung: Höhere Landeszuweisungen	55.500
Kindertagesbetreuung: Hier Tagespflege, quantitative Ausweitung	150.000
Kindertagesbetreuung: Mehraufwendungen, weil neue Gruppen	-217.000
Kindertagesbetreuung: Hier Tagespflege, steigendes Fallaufkommen	-169.000
Familienunterstützende Hilfen: weniger Erträge durch Wegfall des eigenen Dienstes Intensive sozialpädagogische Einzelfallhilfe (INSPE)	-150.000
Familienunterstützende Hilfen: weniger Kostenerstattungsfälle bei Hilfen zur Erziehung, Tagesgruppen und den Sozialpädagogischen Familienhilfen	-80.000
Weniger Ausgaben bei der INSPE durch deren Wegfall	266.200

Sachverhalt	Veränderung in €
Familienunterstützende Hilfen: Weniger Fallaufkommen bei Tagesgruppen, Hilfen zur Erziehung und SPFH	717.700
Familienunterstützende Hilfen: Höheres Fallaufkommen durch Inklusion, Autismusdiagnosen etc.	-240.000
Familienersetzende Hilfen: Pflegefamilien für Minderjährige - weniger Transfererträge und Kostenerstattungen	-159.925
Familienersetzende Hilfen: Pflegefamilien für Volljährige - mehr Transfererträge und Kostenerstattungen	195.900
Familienersetzende Hilfen: Heimerziehung Minderjährige höhere	70.000
Familienersetzende Hilfen: Heimerziehung Minderjährige - weniger Kostenerstattung wegen verzögerter Bearbeitung durch den LVR. Wann Erstattungen erfolgen, kann noch nicht abgesehen werden.	-423.125
Familienersetzende Hilfen: Höhere Fallkosten und Transferaufwendungen für Minderjährige und Volljährige in Pflegefamilien	-389.600
Familienersetzende Hilfen: Heimerziehung, Anpassung ans	217.300
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG): weiterhin positive Entwicklung bei der Heranziehung durch nunmehr auskömmliche Personalausstattung im Verwaltungsbereich.	120.000
Aufwendungen nach dem UVG: Anpassung ans Rechnungsergebnis	-60.000
Aufwendungen nach dem UVG: Einnahmeablieferung an das Land	-68.000
Summe Amt 51	107.150
Amt 57	
Summe Amt 57	0

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
Summe Amt 40	0
<u>Amt 41</u>	
Summe Amt 41	0
<u>Amt 51</u>	
Summe Amt 51	0
<u>Amt 57</u>	
Betriebs- und Geschäftsausstattung Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie Schulpsychologischer Dienst	4.800
Summe Amt 57	4.800

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 3

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 17</u>	
<u>Amt 40</u>	
<u>Amt 41</u>	
<u>Amt 51</u> Grundsätzlich ist es sehr schwierig für die Teilprodukte 0.51.40 und 0.51.70 Prognosen zu tätigen, da die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können und zur Frage von Neufällen nur Annahmen getroffen werden können. Auch zu der Höhe der Kostenerstattungen des überörtlichen Trägers im Rahmen der Hilfe für Flüchtlinge können weiterhin nur vage Vermutungen geäußert werden. Im Bereich 0.51.80 hat sich die im letzten Jahr prognostizierte Verschlechterung aufgrund der Gesetzesänderung nicht bestätigt, da die	
<u>Amt 57</u>	

Controllingbericht

Dezernat 4

2. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	-154.000 €		-154.000 €
Amt 62	Amt für Katasterwesen und Geoinformation	-135.000 €		-135.000 €
Amt 63	Bauaufsichtsamt	117.500 €		117.500 €
Amt 66	Amt für Technischen Umweltschutz	120.200 €	-105.000 €	15.200 €
ehem. Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	-19.000 €	-87.350 €	-106.350 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-70.300 €	-192.350 €	-262.650 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	-25.000 €	-36.400 €	-61.400 €
ehem. Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €		0 €
Gesamtveränderungen Investitionen		-25.000 €	-36.400 €	-61.400 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

12.7.18 C. Ihera

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 39</u>	
Zu hohe Prognose für die Gebührenpflicht für Primärkontrollen im Lebensmittelbereich, i.w. durch Rückgang der Kontrollzahlen auf 60 % durch Personalausfälle in der Lebensmittelkontrolle sowie bei der Sachbearbeitung der Gebühren (Rückstand 6 Monate)	-116.000
In der Fleischuntersuchung zu hohe Kalkulation der Gebühreneinnahmen	-38.000
Summe Amt 39	-154.000
<u>Amt 62</u>	
I.W. Rückgang der Erträge durch Änderung der Gebührenordnung (geringere Gebühren für die Bereitstellung von Geobasisdaten)	-135.000
Summe Amt 62	-135.000
<u>Amt 63</u>	
Höhere Gebühreneinnahmen u.a. durch leicht gestiegene Zahl an Eingängen von Bauanträgen und Abbau von Rückständen	117.500
Summe Amt 63	117.500
<u>Amt 66</u>	
Wasserwirtschaft: Höhere Gebühreneinnahmen als vorgesehen	19.000
Immissionsschutz: Höhere Gebühreneinnahme, Belastungsausgleich durch Übernahme von Landesaufgaben	74.200
Energieagentur: Verausgabung der übertragenen Mittel aus 2017	-93.000
Bodenschutz: Höhere Gebühreneinnahme, höhere Ausgaben durch Zugriff auf 10.000 Euro aus Übertragung 2017	15.000
Summe Amt 66	15.200
<u>ehem. Amt 67</u>	
Geringere Gebühreneinnahmen als erwartet (Verwaltungsverfahren, Ordnungswidrigkeiten)	-19.000
Maßnahmen Durchführung und Ausgaben für Landschaftsplanung aus übertragenen Mitteln 2017	-87.350
Summe Amt 67	-106.350

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 39</u>	
Beschaffung einer Rindertötezange mit Fangstand sowie einer Geflügeltöteanlage (zeitliche Verschiebung; beides bereits 2017 beschafft)	-16.400
Beschaffung euner Fahrzeug-Desinfektionsschleuse, finanziert aus 20.000 € Übertragung aus 2017 und 25.000 € überplanmäßig 2018	-45.000
Summe Amt 39	-61.400
<u>ehem. Amt 67</u>	
Summe Amt 67	0

Controllingbericht

Dezernat 5

2. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
05-04	Datenschutzbeauftragter	0 €	0 €	0 €
Amt 14	Prüfungsamt	2.000 €		2.000 €
Amt 30	Rechts- und Ordnungsamt	157.550 €		157.550 €
Amt 36	Straßenverkehrsamt	-23.000 €	-126.000 €	-149.000 €
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	-3.180.500 €	-30.000 €	-3.210.500 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-3.043.950 €	-156.000 €	-3.199.950 €

Investitionen

Amt 36	Straßenverkehrsamt	0 €	
Amt 38	Amt für Bevölkerungsschutz	68.750 €	-3.723.100 €
Gesamtveränderungen Investitionen		68.750 €	-3.723.100 €
		-3.654.350 €	

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

i.A.
2.8.2018 Jaeger

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>05-04</u>	0
Summe 05-04	0
<u>Amt 14</u>	2.000
Summe Amt 14	2.000
<u>Amt 30</u>	
0.30.20 Aufenthaltsregelungen	17.500
0.30.30 Ordnungsangelegenheiten	140.050
erhöhte Teilnehmerzahl an der Jägerprüfung und zusätzliche Gebühren durch neue Aufgaben aus dem Bewachungsgewerbe; Landeszuweisung für neue Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz (106.000) und Einnahmen aus dessen Überwachung	
Summe Amt 30	157.550
<u>Amt 36</u>	
0.36.10 Verkehrssicherung	20.000
Fallsteigerung bei den verkehrsrechtlichen Entscheidungen (Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen und Anordnungen von Baustellenabsicherungen)	
0.036.20 Erlaubnisse zu Personen- u. Güterbeförderung	-23.000
moderate Ertragssteigerung aus der Genehmigung von gewerblichem Güterkraftverkehr wird aufgezehrt durch die notwendige gutachterliche Untersuchung der Leistungsfähigkeit des Taxigewerbes.	
0.36.30 Zulassung und Abmeldung	-150.000
Aufgr.d.anhaltenden "Diesel-Diskussion" reagieren viele Kaufinteressenten abwartend	
0.36.60 Überwachung des fließenden Verkehrs	100.000
Der Ansatz aus Verwarn- u. Bußgeldern aus der Geschwindigkeitsüberwachung kann übertroffen werden, sofern nicht Vandalismus oder sonstige ungeplante Ausfallzeiten die Arbeit und die Ergebnisse beeinträchtigen	
Veränderungen aus Kostenstellen wegen Sanierungen von Mess-Standorten aus Haushaltsmitteln des Vorjahres	-96.000
Summe Amt 36	-149.000
<u>Amt 38</u>	

Sachverhalt	Veränderung in €
0.38.10 Rettungswesen, Gebührenhaushalt (inkl. Es wird sich aufgr.mangelnder Auskömmlichkeit (Rettungsd. und Leitstelle)eine Verschlechterung von rd.3 Mio € ergeben. Eine genauere Prognose kann erst mit dem Controllingbericht III/2018 abgegeben werden.	-3.000.000
0.38.20 Feuer-/Brandschutztechnische Hilfeleistung: (aus zeitlicher Verschiebung: 30.000) geringere Einnahmen des Kreisfeuerwehrhauses; Kostenfreiheit bei Brandschauen öffentlicher Einrichtungen; Restzahlung Machbarkeitsstudie; Erhöhung des Stundensatzes der Kreisausbilder	-148.500
0.38.30 Gefahrenabwehr Zuschuss für die im Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen wurde neu berechnet.	-20.000
Summe Amt 38	-3.168.500

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der **Investitionen**
im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 36</u>	
Summe Amt 36	0
<u>Amt 38</u> Ein Großteil der Investitionen sind nachgeholte Anschaffungen, die im Vorjahr nicht vorgenommen werden konnten (3.723.100,-- €): z.B. Beschaffung von RTW's, Notarzteinsatzfahrzeuge, Leitstellenausstattung, IT usw.	-3.654.350
Summe Amt 38	-3.654.350

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Dezernat 5

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>05-04</u>	
<u>Amt 14</u>	
<u>Amt 30</u>	
<u>Amt 36</u> Im Bereich 0.36.60 können voraussichtlich im vierten Quartal fünf stationäre Standorte nach bis dahin erfolgter Fahrbahnsanierung und Eichung wieder in Betrieb gesetzt werden. Sofern keine anderen Standorte bei der stationären Überwachung ausfallen, kann mit wieder ansteigenden Fallzahlen gerechnet werden. Die Personalbemessung des mobilen Messdienstes ist eng nach dem Dienstplan ausgerichtet. Krankheitsbedingte Ausfälle können somit nur bedingt kompensiert werden, was bei längeren Abwesenheiten zu einer Reduzierung der Messzeiten und damit zwangsläufig auch zu geringeren Fallzahlen führen kann. Bei den Zulassungszahlen (0.36.30) kann es bei zeitnaher Beendigung der Diskussionen um Diesel-Fahrverbote und Abgasskandal und/oder attraktiverer Förderung alternativer Antriebsarten noch zu einer positiveren Entwicklung	
<u>Amt 38</u> 0.38.10 - Berechnung einer neuen Rettungsdienst- und Leitstellengebühr 0.38.30 - Mehraufwendungen im Zusammenhang mit größeren Schadenereignissen oder erforderliche Vorplanungen für sich aktuell ergebende Situationen Investitionen - Einige Investitionen können aufgrund der Neuausschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans sowie der Kalkulation der neuen Gebühr im Rettungsdienst nicht in 2017 realisiert werden und mussten z.T. in 2018 verschoben werden, bzw., werden und wurden erst in 2018 bezahlt.	

Controllingbericht

Zusammenfassung der Berichte der Stabstellen

2. Quartal 2018

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2018 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stab 01	Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung	-15.000 €	-9.000 €	-24.000 €
Stab 02	Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	0 €	-34.000 €	-34.000 €
Stab 03	Gleichstellungsbeauftragte	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Kreistagsbüro	70.000 €	0 €	70.000 €
Stab 06	Kommunalaufsicht und Wahlen	0 €	0 €	0 €
Stab 31	Kreispolizeibehörde	-9.100 €	0 €	-9.100 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		45.900 €	-43.000 €	2.900 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind aus den Berichten der Stabstellen anliegend zusammengefasst (**Anlage 1**).

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung der Stabstellen

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Stab 01</u>	
• Personalkostenerstattung Bund für Breitbandkoordinator	20.000
• Rechtsberatung Breitbandausbau	-35.000
• saldierter Mehraufwand für Kosten-Nutzen-Untersuchung Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln (unter Berücksichtigung von Erstattungen der	-9.000
Summe Stab 01	-24.000
<u>Stab 02</u>	
• Neugestaltung des Internetauftritts und Designstudie des Kreises, aus Ermächtigungen Vorjahre	-34.000
Summe Stab 02	-34.000
<u>Stab 03</u>	
• keine Veränderungen	
Summe Stab 03	0
<u>Stab 05</u>	
• geringerer Bedarf für Aufwandsentschädigungen	70.000
Summe Stab 05	70.000
<u>Stab 06</u>	
• keine Veränderungen	
Summe Stab 06	0
<u>Stab 31</u>	
• insbesondere rückläufige Erträge aus Gebühren im Zusammenhang mit der Sicherstellung von Fahrzeugen	-9.100
Summe Stab 14	-9.100

Controllingbericht

**Personal- und
Versorgungsaufwand**

2. Quartal 2018

Abweichung ggü. Haushaltplan 2018
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	-2.570.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	-106.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	767.000 €
Gesamtveränderung	-1.909.000 €

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sowie der Gegenfinanzierung sind in der Anlage 1 erläutert.

Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Allgemeiner Haushalt:</u>	
Personalaufwendungen Die Verschlechterung resultiert aus der in 2018 beschlossenen Tarifsteigerung.	-260.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2017 unter Berücksichtigung einer jährlichen Dynamik von 2%.	-830.000
Beiträge Versorgungskasse Die Umlagegemeinschaft der Rheinische Versorgungskassen führt zu nicht kalkulierbaren Erstattungen oder Nachzahlungen, die es schwierig machen, den Ansatz realistisch zu kalkulieren. Auch in diesem Jahr erfolgte ein Nachzahlung, die wiederum zu höheren monatlichen Abschlägen führte, so dass der Ansatz deutlich überschritten wurde.	-1.310.000
Beihilfen Beamte haben im Krankheitsfall Anspruch auf Beihilfe, nach der bisherigen Entwicklung werden die veranschlagten Beihilfeaufwendungen vermutlich nicht ausreichen.	-170.000
Summe	-2.570.000
<u>Teilhaushalt Jugendamt:</u>	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung.	270.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-175.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-168.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
Beihilfen Dies gilt auch für die Beihilfeaufwendungen an Beamte im Krankheitsfall	-33.000
Summe	-106.000
<u>Personal im Jobcenter:</u>	
Personalaufwendungen Die vom Personalausschuss am 16.02.2016 beschlossenen 23 neuen Stellen für das job-center konnten bislang nicht alle besetzt werden. Darüber hinaus entstehen laufend Vakanzen aufgrund einer auch hier relativ hohen Fluktuation (Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit, Elternzeit etc.)	800.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-16.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-17.000
Summe	767.000

Darstellung der wesentlichen **Chancen und Risiken** im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Volumen in €
(Kurzbeschreibung)	(soweit bezifferbar)
Die Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr ungewiss, weil viele Unwägbarkeiten aufgrund der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Verrechnungen bestehen. So kann insbesondere die versicherungsmathematische Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen durch die Rheinische Versorgungskasse das Ergebnis noch wesentlich verändern.	